

r «Madame Égalité»

n Gespräch über damals, über Veränderungen und über den Tag der Frau.

rin war, die in Graubünden Fuss gefasst hatte. Zu diesem Zeitpunkt war ich seit rund acht Jahren in Chur. Ich hatte mir beruflich vielleicht auch einen gewissen Namen gemacht.

Haben Sie sofort zugesagt, als die Anfrage kam?

Die Anfrage freute mich sehr. Damals war ich selbstständige Juristin mit eigener Kanzlei und konnte meine Zeit einteilen. Ich hatte eine gewisse Pufferzone, konnte also meine Arbeit etwas herunterfahren. Und es war auch keine 100-Prozent-Stelle. Meine Assistentin Silvia Graf-Frey und ich haben uns die Arbeit aufgeteilt.

Was war Ihre Arbeit? Einen genauen Jobbeschrieb gab es anfänglich vermutlich noch nicht?

Wir leisteten viel Sensibilisierungsarbeit. Damals war die Lohnungleichheit noch viel ausgeprägter. Also gingen wir zu Firmen. Nahmen Kontakt mit Arbeitgebern auf und führten dort Anlässe durch. Aber wir halfen auch den Frauen direkt: Wenn eine zu uns kam, und sagte: «Mein Kollege macht die gleiche Arbeit wie ich, verdient aber mehr», begleiteten wir sie und sprachen mit den Chefs.

Die Stabsstelle für Gleichstellungsfragen war also ganz klar auch eine Beratungsstelle?

Die Stelle beinhaltete, dass wir selber aktiv wurden, Projekte anrissen. Wir hatten auch eine grosse Bibliothek mit fachspezifischen Büchern, die zu unseren Öffnungszeiten öffentlich zugänglich war. Und klar, die Beraterfunktion. Dies teilten Silvia Graf-Frey und ich uns auf. Es ging dabei vor allem um arbeitsrechtliche Sachen. Wir waren aber sicher nicht die richtigen Frauen, um beispielsweise bei privaten Problemen zu helfen.

Von wegen, kein genauer Jobbeschrieb. Die Stabsstelle war sehr durchdacht aufgebaut.

Alles war genau konzipiert. Man hat ihr auch eine Wertschätzung entgegengebracht, indem man sie so nahe an der Regierung platziert hat. Ich musste keinen Apparat durchlaufen, ich konnte mich direkt bei Regierungsrat Aluis Maissen melden. Die Regierung nahm auch die Impulse aus dem Frauenplenium, der Frauenzentrale und aus der Gesellschaft auf und hörte zu. Natürlich stand sie auch unter einem gewissen Druck. Es war aber gut, dass es diesen Druck gab. So wurden die Bedürfnisse der Frauen ernst genommen.

Kehren wir zurück zum Thema Lohnungleichheit. Hatten Sie Einfluss auf faire Löhne beim Kanton oder bei kantonsnahen Unternehmen?

Nein, weil es parallel zu uns beim Kanton die Anlaufstelle für Frauenfragen gab. Die war zuständig für kantonsinterne Probleme. Wir arbeiteten aber gut zusammen und haben gewisse Sachen auch gemeinsam geplant. Heute gibt es diese kantonale Anlaufstelle nicht mehr.

Waren Sie eigenständig oder wurden sie von der Regierung auf Schritt und Tritt kontrolliert?

Regierungsrat Aluis Maissen war mein direkter Vorgesetzter. Wir haben uns sehr gut verstanden und standen in regem Austausch, das schon. Aber es gab nie irgendein Vorhaben von mir, bei dem Maissen gesagt hat, so komme das nicht in Frage. Ich meldete mich gerne bei ihm, um gewisse Dinge zu besprechen. Übrigens noch etwas ganz Wichtiges: Regierungsrat Maissen stellte klar, dass wir zwar für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zuständig waren. Er sagte aber auch: «Wenn ihr an einem anderen Ort Probleme bei

der Gleichstellung seht, heisst das nicht, dass ihr nicht zuständig seid.»

Sie wurden «Madame Égalité» genannt. Freute Sie dieser Titel oder war er eher ein Ärgernis?

Ich bin keine Feministin, die sich gegen aussen als Kämpferin gibt. Selbstverständlich vertrete ich aber meine Standpunkte. Und wie schon gesagt, war ich nicht parteipolitisch tätig. Ich kann mir deshalb vorstellen, dass ich

«Ich hatte das Gefühl, die hören uns zu.»

auch gewählt wurde, weil ich ein Stück weit gemässigt war. Das war der Regierung ziemlich sicher recht. Deshalb freute es mich sehr, dass man mir den Namen «Madame Égalité» verpasste und mich auch so wahrnahm. Gerade weil ich eben eher gemässigt in Erscheinung trat, man mir aber doch vertraute, dass ich diese Arbeit im Sinne der Gleichstellung von Mann und Frau richtig und gut mache.

Haben Sie nachträglich das Gefühl, Sie hätten damals etwas bewirkt?

Das ist schwierig zu beantworten. Ich denke aber schon. Ich erinnere mich, dass etwa die Ems Chemie uns gegenüber sehr offen war. Ich hatte das Gefühl, die hören uns zu. Wie viel nachher tatsächlich umgesetzt wurde, weiss ich natürlich nicht. Ich hoffe aber schon, das etwas hängen geblieben ist.

und der Kanton auch

den Löhnen weiter geht. Noch hinkt die Politik den eigenen Vorstellungen hinterher.



Kämpferisch: SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel setzt sich in Bern unter anderem für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Bild: Anthony Anex / Keystone

bericht «Frauen entscheiden» sind unter anderem die Bereiche Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Kultur, Soziales und Sport genau unter die Lupe genommen worden. Das Fazit zum Punkt «Kantonalen Ämter» war damals unerfreulich: Laut dem Bericht wurden in den meisten Departementen alle Ämter ausschliesslich von Männern geleitet. Im Departement für Volkswirtschaft und Soziales bekleideten zwei Frauen eine leitende Funktion. Die Amtsstellen im Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit wurden ausschliesslich von Männern geführt. Im Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement wurden zwei Amtsstellen sowie das Departementssekretariat von Frauen geleitet. Und im Departement für Finanzen und Gemeinden wurden alle Amtsstellen von Männern geführt.

Fast fünf Jahre später mögen sich im Kanton ein paar Veränderungen zugunsten der Frauen ergeben haben. Aktuelle Zahlen stehen aber keine zur Verfügung.

Pierina Hassler



Erfolg: Zwei Covidanträge von Ständerat Martin Schmid (FDP) finden Mehrheiten in der kleinen Kammer. Bild: Anthony Anex / Keystone

Mehr Tests, mehr kantonale Macht

Ein Antrag von FDP-Ständerat Martin Schmid wird vom Bundesrat umgesetzt, ein zweiter erntet Zustimmung.

Patrick Kuoni

Bern Der Bundesrat schwenkt auf den Bündner Weg um. Er will den Schweizerinnen und Schweizern die Möglichkeit geben, sich regelmässig zu testen (siehe Seite 20). Die nationale Exekutive hat die Rufe der Bündner Regierung, aber auch von vielen Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern, erhört. Der Druck war zuletzt gross gewesen.

So hatte der Bündner Ständerat Martin Schmid (FDP) nach Rücksprache mit seinem Ratskollegen Stefan Engler (CVP) einen Antrag in der kleinen Kammer eingereicht, der genau das gefordert hatte. Der Antrag war dort unbestritten und wurde am Donnerstag einstimmig angenommen. «Die neue Teststrategie des Bundesrates ist voll in meinem Sinn», so Schmid. Es sei eines der Mittel, um aus dem Lockdown rauszukommen. «Mit diesem Lockdown gibt es viel zu viele Kollateralschäden.» Vor einem Jahr sei dieser die richtige Antwort gewesen, «aber innerhalb eines Jahres sollte man etwas gelernt haben».

Das sieht auch der Bündner Regierungspräsident Mario Cavigelli so. «Eine nationale Teststrategie, wie sie der Bundesrat nun vorsieht, ist die Lösung, die wir immer wieder gefordert haben.» Der Paradigmenwechsel werde von der Bündner Regierung sehr begrüsst. Dieser werde aber nur dann eine Chance auf Erfolg haben, wenn es gelinge, möglichst breite Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft von der Richtigkeit dieses neuen Weges zu überzeugen. Dafür hätten Bund und Kantone nun gemeinsam zu sorgen, so Cavigelli.

Graubünden hatte zuvor auf eigene Faust die Kosten für regelmässige Betriebstests und weitere grosse Testaktionen übernommen.

Schmid mit zweitem Antrag Ebenfalls am Donnerstag nahm der Ständerat einen zweiten Antrag von Schmid an. Diesen hält er trotz der nun veränderten Ausgangslage aufrecht. Im Antrag fordert Schmid, dass Kan-

tone unter bestimmten Voraussetzungen Erleichterungen der Massnahmen gegen Covid-19 vornehmen können. «Ich möchte, dass der Bundesrat den Kantonen, die innovativ sind und versuchen, die Pandemie in den Griff zu bekommen – und zwar nicht einfach nur mit der Lockdownlösung –, entsprechende Erleichterungen gewähren muss», erklärt Schmid. Die Voraussetzungen für diese Möglichkeit ist gemäss Antrag, dass die Kantone eine stabile oder rückläufige epidemiologische Lage aufweisen und eine Teststrategie oder andere geeignete Massnahmen zur Pandemiebekämpfung anwenden. Der Antrag wurde klar mit 30:13 Stimmen angenommen.

Cavigelli meint zu Schmid's Antrag, dass dieser eine gute Option gewesen wäre, wenn der Bund zur Einführung und wirklichen Umsetzung einer nat-

«Mit diesem Lockdown gibt es viel zu viele Kollateralschäden.»

ionalen Teststrategie keine Hand geboten hätte. Es bleibe richtig, auch diesen Pfad vorderhand weiter zu verfolgen.

«Teilweise realitätsfremd»

Schmid begründete seinen Antrag auch mit der fehlenden Nachvollziehbarkeit einiger Bundesratsentscheide. Er erachte es ausserdem als falsch, dass man den Föderalismus mit Füissen trete, ihn schlecht mache und die Überlegenheit des Zentralstaates in den Vordergrund stelle, wie das der Bundesrat manchmal tue. Und der befürchtete Flickenteppich sei aufgrund der bisher kantonal unterschiedlichen Teststrategien bis heute bereits eine Tatsache gewesen. Der Antrag wird am Montag im Nationalrat diskutiert.